

# Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Erscheint werktags nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages. Bezugspreis: Monatlich 5 Mark. Einzelne Nummern 20 Pfennig. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 21295 — Schriftleitung Nr. 14574. Postfachkonto Dresden Nr. 2486. — Stadtbürokonto Dresden Nr. 140.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum 30 Pf., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 60 Pf., unter Einschluss 90 Pf. — Ermäßigung auf Familien- und Geschäftsanzeigen. — Schluss der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebendrucke: Landtags-Beilage, Ziehungslisten der Verwaltung der Staatsschulden und der Landeskulturtenantbank, Jahresbericht und Rechnungsabschluss der Landes-Brandversicherungsanstalt, Verkaufsliste von Holzplätzen auf den Staatsforstrevieren. Verantwortlich für die Redaktion: I. B. Ostler Edel in Dresden.

Nr. 6

Dresden, Dienstag, 8. Januar

1924

## Vorschläge zum Arbeitslosenproblem.

### Ein Gesamtplan des Reiches.

Berlin, 7. Januar.

Im Anschluss an ein Referat des Staatssekretärs z. D. Prof. Dr. Girsch hat die letzte Bundesausschussung des Reiches einen Gesamtplan zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit aufgestellt. Der Plan betont vor allem die Notwendigkeit, ein System der freiwilligen Sachleistungen für Reparationen zu vereinbaren, das eine zweckmäßige sachliche und räumliche Verteilung der Leistungen vorsieht, damit der Grundgedanke der Beschäftigung freier Arbeitskräfte für Zwecke der Reparationen wiederhergestellt wird.

Den mittelfundigen und vor sich gehenden Verschiebungen der Industrie soll unter Mitwirkung der Selbstverwaltungskörper, des Arbeitsnachweises durch Umgruppierung und Umschulung der Arbeitslosen Rechnung getragen werden, wobei in Übereinstimmung mit den bekannten Grundsätzen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes Jugendliche und Unverheiratete zum Berufs- und Ortswechsel zu veranlassen sind. Die Neuerschaffung von Arbeitsgelegenheiten soll durch Kreditbeschaffung für produktive Zwecke — wozu auch hierauf auf den von der Rentenbank an Private zu gewährenden Kredit von 1200 Millionen Rentenmark — und durch Arbeitsgelegenheit erfolgen, für die das Reich, Länder und andere öffentliche Körperschaften Sorge tragen sollen. Gefordert wird u. a. erhöhter Holzeinschlag im Waldbesitz der deutschen Länder wie im privaten Waldbesitz, durch den, auch bei ermäßigtem Abgabepreis, dem öffentlichen Waldbesitz neue Mittel und den Arbeitslosen Arbeitsgelegenheit geschaffen wird. Außerdem verlangt der Vorschlag Ausbau neuer Kohlenföhrschächte im preussischen Staat, Ausbau des staatlichen Bergbaus im Sinne eines seit Jahresfrist in der Denkschrift eines Ministeriums vorliegenden Vorschlags, Wiederaufnahme der eingestellten wichtigen Bauten für öffentliche Zwecke mit Hilfe privaten und Rentenmarkkredits, Kapitalzuschüsse der beteiligten Staaten, Provinzen und Gemeinden und des privaten Kapitals für den Mittelkanal, Belebung des Baumarktes durch Heranziehung der Leistungskraft wirtschaftlich starker Mietergruppen bis zur vollen Goldhöhe der Friedensmiete unter Vermeidung des Verkaufs, die Mieten lediglich zu steuerlichen Zwecken und zum Ruhen privater Besitz auf volle Goldhöhe zu bringen, Vinderung der Wohnungsnot durch Erschließung ausreichender gemeinwirtschaftlicher Kapitalquellen aus der Wohnungswirtschaft selbst und Inangriffnahme großzügiger Wohnkultivierungen durch Heranziehung Tausender baustellender Arbeitskräfte auf Jahre hinaus, wie sie bereits das Ministerium Wirth im Vorschlag gestellt hat.

Eine eingehende Erörterung findet der Gedanke von Arbeitsbeschaffung durch Preisdruck, da trotz der festen Währung der versprochene Preisabbau infolge der Übermacht der Kartelle und der Trübs, zum Schaden der Exportmöglichkeit und der Kaufkraft im Lande selbst, nicht eingetreten ist. Deshalb ist es unbedingt notwendig, daß eine gesetzliche Neuregelung dem Reiche oder einer von ihm zu bestimmenden Stelle das Recht der unmittelbaren Nachprüfung jeder Preisforderung von Unternehmen, die eine bestimmte Größe überschreiten, gibt. Gegebenenfalls muß die sofortige Preisherabsetzung durch einfache Anordnung ermöglicht und der verzerrende Zwischenhandel durch unmittelbare Verbindung zwischen Produzenten und Konsumenten ausgeschaltet werden.

## Gegen die Auswüchse der Genussucht.

### Beschlüsse der Reichsregierung.

Berlin, 7. Januar.

Angefaßt der schwierigen Finanzlage des Reiches hat das Kabinett in seiner heutigen Sitzung die Zahlung weiterer Zuschüsse auf die Waldabgabe an den Verein deutscher Zeitungsverleger ablehnen müssen. Das Kabinett hat weiter die Beschluß-

fassung über die Entwurfe eines Reichsberufsgesetzes und eines Gesetzes über die Lehrerbildung vorläufig aufgeschoben, bis das Finanzverhältnis zwischen Reich und Ländern neu geregelt ist. Einmütig war das Kabinett der Meinung, daß mit größter Energie und Rücksichtslosigkeit gegen die Auswüchse der Vergnügungs- und Genussucht, wie sie insbesondere im schamlosen Treiben gewisser, die große Not des deutschen Volkes mißachtender Deutscher in internationalen Kurorten in Erscheinung treten, eingeschritten werden müsse.

## Reichspräsident Ebert für die Volkseinheit.

### Antwort auf ein Schreiben.

München, 7. Januar.

Eine größere Anzahl hervorragender Persönlichkeiten verschiedener Parteirichtungen und Berufe Bayerns, darunter der Professor an der Münchner Universität Lujo Brentano, Universitätsprofessor Dr. Lerch, Oberstudienrat Kerschkeiner, Rechtsanwalt Graf Fehalozza, Thomas Mann, Erster Bürgermeister von München Eduard Schmid, haben vor einigen Wochen an

den Reichspräsidenten ein Schreiben gerichtet, in dem sie die Notwendigkeit innerer Einigung und Geschlossenheit betonten. Darauf ist jetzt vom Reichspräsidenten eine Antwort eingegangen, in der es heißt:

„Nach dem verlorenen Krieg leben wir in einer Zeit des Niedergangs, den abzuwenden nicht ganz in unserer Macht liegt. Aber gerade deshalb haben wir uns und unseren Kindern gegenüber die Pflicht, alle Kräfte im Volk zu wecken, sie zusammenzufassen und vereint den Weg zur Freiheit zu suchen. Mit Ihnen bin ich der festen Überzeugung, daß wir zu einer Gesundung und Wiedererstarkung nur kommen, wenn die einigenden Faktoren über die auseinanderstrebenden siegen, wenn wir, unbeschadet der Weltanschauung und der politischen Grundüber, mehr als bisher uns in allen Lebensfragen der Nation zusammenschließen, denn wir sind in erster Linie auf uns selbst gestellt und müssen daher auf uns selbst und aufeinander vertrauen.“

Die Forderung, das Gemeinsame über das Trennende zu setzen, mag von den Parteien wie von dem einzelnen ein gewisses Maß der Selbstverleugnung verlangen; aber die Zeiten sind ernst, und es müssen Opfer gebracht werden.

## Die sächsische Finanzlage.

### Erklärungen des Finanzministers Dr. Reinhold.

Der neue Finanzminister, Dr. Reinhold, nahm gestern in einer Pressebesprechung Gelegenheit, über die Finanzlage, wie er sie vorgefunden, Aufschlüsse zu geben. Seine Hauptaufgabe erkläre er — so führte der Minister aus — darin, alles zu tun, um die Wirtschaft wieder in Gang zu bringen. Die Notverordnung, soweit sie die Gewerbesteuer betreffe, sei unüberwindlich, denn sie bedeute eine Blutentziehung am Kapital, die unbedingt katastrophal wirken müsse. Zwar könnten die Beamten, Angestellten und Arbeiter nicht weiter die Hauptträger der Steuern sein, und er wisse ganz genau, daß Industrie und Handel bis jetzt sehr wenig Steuern gezahlt hätten. Aber er werde sich auch nicht dazu verstehen, daß die Henne geschlachtet werde, die die goldenen Eier lege. Deshalb habe er durch eine erste Verordnung bestimmt, daß die Stundenzuschüsse betreffs der Gewerbesteuer in weitestem Umfang berücksichtigt werden sollen, daß Zwangsbeitreibungen unterbleiben, vorausgesetzt, daß ein Fünftel der ersten Rate beglichen wird.

Dann kam der Minister auf die eigentliche Finanzlage Sachsens zu sprechen. Er führte dabei aus: Der Staatsbedarf beträgt zurzeit an Besoldungsbedarf inkl. der Pensionen und des Bedarfs der Volksschullehrer 112 Goldmillionen im Jahr. Der jährliche Reichszuschuß hierzu stellt sich auf etwa 48 Goldmillionen, so daß das Land noch den Rest von ungefähr 60 Millionen decken muß. Hierbei ist aber der Beamtenabbau noch nicht berücksichtigt, durch den etwa 10 Proz. Ersparnisse möglich gemacht werden. Der Etat von 1914 zeigte, abzüglich der Eisenbahn, einen Gesamtaufwand für die Beamten- u. w. Besoldung von 90 Millionen Mark. Dabei fehlte aber die Lehrerbefoldung und der Bedarf der Landespolizei. Aus diesem Grunde entfiel heute ein Mehr von etwa 60 Proz. Zu dem vorstehend genannten Personalaufwand kommt nun noch der sächsische Aufwand, der auf 50 Goldmillionen zu schätzen ist. Das den Etat aber am schwersten belastende sind die Unterhaltungsleistungen für die Erwerbslosen, Sozial- und Kleinrentner, die wöchentlich etwa 1 Million, im Jahre 60 Millionen ausmachen.

112 Millionen Besoldungsaufwand, 50 Millionen sächsischer Aufwand und 60 Millionen Unterhaltungsgelder ergeben einen jährlichen Gesamtaufwand von 220 Goldmillionen, während der reine Staatsbedarf im Frieden 130 Goldmillionen betrug. Die Höhe des jetzigen Bedarfs ist eine Folge der Ausgaben für die Volksschule, die Landespolizei und die gekennzeichneten Unterhaltungen.

### Die Frage, ob es möglich sei, diesen Staatsbedarf zu decken,

ohne die Steuern zu überspannen, beantwortete der Minister in bejahendem Sinne, vorausgesetzt, daß das Reich dem sächsischen Staate seinen Anteil an den Reichsteuern regelmäßig zukommen lasse und einen auskömmlichen Beitrag zu den Unterhaltungen gebe. Dann bliebe nur noch ein Minus von etwa 50 Millionen durch Landessteuern zu decken, was möglich sei und erreicht werden müsse durch eine entsprechende auch ertragreiche Gestaltung der Grund- und Gewerbesteuer.

Im Augenblick seien die Staatskassen leer, deshalb müßten vom Landtage die sofort fließenden Steuern verlangt werden.

### Die Arbeitsgeberabgabe

berge viele Härten in sich, sie sei unpopulär — aber sie fließe doch monatlich, sei sehr leicht einzuschießen, so daß er vorläufig provisorisch auf die Steuer zukommen müsse. Dagegen sei die Gewerbesteuer, wie die Notverordnung sie vorsehe, einfach untragbar.

Als seine erste Aufgabe bezeichnete der Minister die

### Umstellung des Etats auf die Goldbasis.

Dann müßten die Steuern so festgelegt werden, daß sie sofort Ertrag bringen, ohne aber die Wirtschaft zu stören.

Weiter müßten

### die werdenden Betriebe des Staates in Aktiengesellschaften umgewandelt

werden, damit sie sich selbst tragen können und vor allem auch den erforderlichen Kredit finden. In der Form der Aktiengesellschaften werde es ihnen leichter sein, auf dem Wege über die Anleihe die großen Summen aufzubringen, die zu ihrem weiteren Ausbau notwendig sind.

Von Sachsen, das betonte der Finanzminister besonders, werde alles unterbleiben, was eine neue Inflation im Gefolge haben könne. Denn wir alle seien verloren, wenn wir noch einmal in eine solche Lage kämen. Er werde es sich aber auch angelegen sein lassen, dafür zu sorgen, daß alle Länder gleich behandelt würden und daß das Reich Rücksicht über die Höhe der Summe gebe, die die Länder zu erwarten haben.

### Die Wiederherstellung der Finanzhoheit der Länder

sei, so erklärte der Minister auf eine Frage, in diesem Moment sehr schwierig, der Rückübertragung der Steuerverwaltung auf die Länder sehe er nicht allein als Initiativ, sondern auch aus technischen Gründen sehr skeptisch gegenüber. Die Frage der Hypothekenaufwertung sei Reichsangelegenheit.

Wir alle erstreben ja dasselbe Ziel, die Wiederaufrichtung des Vaterlandes. Darum begrüße ich Ihr Schreiben und verbinde mich mit Ihnen gern zu dem Ruf an alle, die auf diesem Boden stehen, kräftig für den Gedanken der Schicksalsgemeinschaft und der Volkseinheit einzutreten.“

## Die bayerische Denkschrift.

### Kritik der Demokraten.

München, 7. Januar.

Im Verfassungsausschuß des Landtags gab Abg. Dr. Turr (Dem.) im Auftrage seiner Fraktion folgende Erklärung ab:

„Die bayerische Regierung hat in einer ausführlichen Denkschrift die Forderung aufgestellt, daß die Reichsverfassung und damit die Landesverfassung grundlegend geändert werden sollen. Die Denkschrift ist veröffentlicht, ohne daß der Landtag von ihr Kenntnis bekommen hätte, und gleichzeitig auch dem Reichskabinett übergeben, also zum Gegenstand eines amtlichen diplomatischen Schrittes bei der Reichsregierung gemacht worden. Wie verlautet, wird diese bald mit den Forderungen und Vorschlägen der bayerischen Regierung sich befassen. Es erscheint bedauerlich, daß die schwerwiegende politische Aktion, welche die Grundlagen des bayerischen und deutschen Staatslebens nach innen und außen aufs tiefste berührt, unternommen wurde, ohne daß der Landtag davon rechtzeitig in Kenntnis gesetzt wurde. Wir müssen verlangen, daß die Staatsregierung sogleich mit der Volkvertretung in eine Aussprache über diesen Schritt und den Inhalt der Denkschrift eintritt.“

## Ein deutschvölkischer Wahlblock in Bayern.

München, 7. Januar.

Die Vertreter aller rheinösterreichischen Verbände und Gruppen Bayerns schlossen sich, wie die „München-Kugels. Abendztg.“ meldet, auf einer Tagung in Bamberg zu einem völkischen Blocke zusammen, der demnächst bei den Wahlen hervortreten wird. An General Ludendorff wurde ein Begrüßungstelegramm gerichtet.

## Wahlfreiheit innerhalb des Ausnahmezustandes.

### Angenommene Anträge im bayerischen Parlament.

München, 7. Januar.

Die am Freitag im Ausschuß des Landtags begonnene Aussprache über die Schaffung von Garantien für die kommenden Neuwahlen wurden am Montag zu Ende geführt. In der Abstimmung fand der Antrag der Sozialdemokratie auf sofortige Aufhebung des Ausnahmezustandes nur die Unterstützung der Demokraten und wurde abgelehnt; abgelehnt wurde auch der Antrag der Demokraten auf Aufhebung des Ausnahmezustandes während der Wahlzeit. Durch Annahme einer Reihe von Anträgen wurde die Sicherung der

## Wahlfreiheit in Bayern im Rahmen des Ausnahmezustandes

in folgender Weise festgelegt:

1. Das Gesamtministerium übernimmt die Sicherung der Wahlfreiheit und der verfassungsmäßigen Rechte sowie die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung mit allen staatlichen Mitteln; die Freiheit der Wahl ist in vollem Umfange zu sichern. 2. Vom Tage der Auskündigung der Neuwahl zum Landtag bis zur erfolgten Wahl dürfen Druckschriften, insbesondere Zeitungen und Flugblätter, nur verboten werden, wenn ihr Inhalt auf den gewaltigen Anmarsch der Verfassung und auf die gewaltsame Störung der öffentlichen Ruhe und Ordnung abzielt. 3. Verbote von Zeitungen und Druckschriften können während dieser Zeit nur unter Angabe der Gründe des Verbotes verhängt werden. 4. Die Presse-, Redo- und Versammlungsfreiheit ist im gleichen Zeitraum im Rahmen

von Wehly und Verfassung wiederherzu- stellen; die Staatsregierung übernimmt mit allen staatlichen Mitteln den Schutz dieser Rechte und der Wahlfreiheit gegenüber allen gewalttätigen Einwirkungen.

Die Tiroler lehnen ab. Entschliebung gegen den Hauptmann Pabst.

München, 7. Januar. Der während am Rapp-Busch beteiligte Hauptmann Pabst ist seinerzeit vor dem gegen ihn erlassenen Steckbrief nach Tirol geflüchtet und ist seitdem in dem dortigen Bund der Heimatwehren tätig, einer Organisation unter Führung der Christlichsozialen.

Landesverratsprozesse. Eine Berichtigung.

Berlin, 7. Januar. Zum Artikel von Dr. Friedrich Thimme über Landesverratsprozesse in Nr. 6 des 'Berliner Tageblatts' vom 6. d. M. wird uns von zuständiger Stelle mitgeteilt: Der Artikel ist geeignet, in der Öffentlichkeit irrige Vorstellungen zu erwecken.

Farbiger Hausanstrich.

Von Baurat Rühlfeld, Leiter der staatlichen Bauhütte Gotha.

Farbiger Hausanstrich ist jetzt vielfach zu sehen. Er wird allgemein als etwas Neues empfunden, ist es aber nicht; denn die ältere Baukunst war farbig, von den frühesten und bekanntesten Anfängen, der assyrischen, ägyptischen und griechischen Baukunst an bis zum Anfang vorigen Jahrhunderts.

Fortgesetzte vielfältige Versuche haben mich belehrt, daß immerfort wiederholte Proben sich

als früher bleiben. Ganz unzutreffend ist es, daß der derzeitige Reichsjustizminister über die Behandlung der Landesverratsfachen irgendwelche besonderen Anweisungen an den Oberreichsanwalt gegeben oder solche Anweisungen seiner Vorgänger aufgehoben habe.

Ein englischer Schachzug gegen die französische Bündnispolitik.

Abtretung des Jubalandes an Italien.

Rom, 8. Januar. Angesichts der französischen Bündnispolitik und der offensichtlich französischen Bestrebungen, in Mitteleuropa und auf dem Balkan an Einfluß zu gewinnen, machen sich Bestrebungen bemerkbar, zwischen England und Italien eine festere Verbindung herbeizuführen.

Es handelt sich um einen alten Anspruch Italiens. England hätte sich bereits durch den Londoner Vertrag von 1815 verpflichtet, einen Streifen auf dem rechten Ufer des Juba mit einem Hafen zur Abwanderung des italienischen Somalilandes an Italien abzutreten und hat diese Verpflichtung 1919 erneuert.

System London-Rom-Moskau-Berlin.

Rom, 8. Januar. Die 'Stampa' weist auf die großen Vorteile hin, welche die Verständigung mit England Italien bringen müsse, zumal in der Orientpolitik. Schon spreche man von einer Vermittlungsaktion Venetias zwischen Paris und Moskau.

Erhöhte englische Aktivität.

London, 8. Januar. Der 'Temps' hat die Nachricht veröffentlicht, daß Baldwin und Curzon die Absicht gehabt hätten, wenn sie im Amt blieben würden, sich von den europäischen Angelegenheiten zurückzuziehen.

eigener Zuständigkeit gewissenhaft zu prüfen. Angesichts der Pöschung der Fälle und der schwierigen außenpolitischen Lage Deutschlands dürfte allerdings ein mildes Vorgehen in Landesverratsfachen als Maßgriff, wenn nicht gar als Verzahnung an den vaterländischen Interessen erscheinen.

Abtretung des Jubalandes an Italien.

Rheinlande fortzunehmen. 'Evening News' dementiert nachdrücklich diese Meldung und erklärt, in den europäischen Fragen sei in der nächsten Zeit eine erhöhte englische Aktivität zu erwarten.

Eine PreSSION auf die Staaten der Kleinen Entente.

Belgrad, 8. Januar. Die englische Note, in der von der Jugoslawischen Regierung Auffassung darüber verlangt wird, ob und in welchem Umfange die jugoslawische Regierung Garantien für den französischen Rüstungskredit gegeben habe, hat großes Aufsehen erregt.

Die Umkreisung Mitteleuropas.

'Daily News' schreibt, der französisch-schweizerische Pakt habe in ganz Europa allgemeinen Argwohn erregt, weil er als ein neuer Schritt der französischen Politik der Umkreisung Mitteleuropas mit einem Ring von Stahl angesehen werde.

Ein britisches Dementi.

London, 7. Januar. Das Foreign Office dementiert die Zeitungsmeldung, daß die gegenwärtige britische Regierung entschlossen gewesen sei, die britischen Truppen aus Äthiopien zurückzuziehen.

Zur Festnahme des Ministers Hermann.

Ein Übergriff des Staatsanwalts.

Weimar, 7. Januar. An das sächsische Justizministerium hat der Reichstagsabgeordnete und Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenfeld eine Beschwerde folgenden Wortlaut gerichtet:

In der Strafsache gegen 1. den Minister Hermann und 2. den Regierungsassessor Kunze führe ich als Verteidiger der beiden Beschuldigten über das Verhalten der Staatsanwaltschaft Beschwerde.

1. Als der Beschuldigte Hermann kurz nach seiner Festnahme vom Staatsanwaltsschaffstrat Müller vernommen wurde, klangte noch etwa halbstündiger Vernehmung das Telefon. Staatsanwaltsschaffstrat Müller meldete sich und sagte: 'Ich bin eben bei der Vernehmung des Ministers Hermann, es ergaben sich gewisse Schwierigkeiten und ich würde Sie bitten, wenn Sie Zeit haben, zu mir herauszukommen.'

Aus diesem Verlauf der Vernehmung des Herrn Hermann geht hervor, daß der Staatsanwaltschaft Müller einen Übergriff des Staatsanwalts ruhig hingenommen hat. Dieser hätte kein Recht, in die Vernehmung einzugreifen, die durch den zuständigen Staatsanwalt im Ermittlungsverfahren vorgenommen wurde.

2. Die Verhaftung des Herrn Hermann ist offensichtlich auf Veranlassung und unter dem Druck des Staatsanwalts erfolgt.

Ich habe dem Staatsanwalt Müller auf den Kopf zugesagt, daß er selbst die Verhaftung des Ministers Hermann gar nicht habe vornehmen wollen, daß dann aber der Staatsanwalt ihm gesagt habe: 'Sie haben schon Neubauer entlassen lassen, wollen Sie auch noch Hermann freilassen lassen', und daß erst daraufhin die Festnahme des Herrn Hermann erfolgt ist.

Staatsanwaltsschaffstrat Müller hat mir erklärt, die Sache habe sich nicht ganz

meisten Fällen durch Verwendung von nur zwei Farben erreicht: Die Architektarteile wie Gesimse, Säulen, Fenster und Türumrahmungen werden in einer, die Flächen in einer zweiten Farbe gestrichen.

Durch Verwendung von vieler Farben geht die Klarheit, die ein Hauptmerkmal für jedes Kunstwerk ist, leicht verloren. Es hat denn auch die alte Kunst meist nicht mehr als zwei Farben an einem Haus angewendet, am meisten sogar nur eine ausgeglichene Farbe und gegen diese Weiß oder Grau mit Schwarz gezieret.

Auf diese Weise lassen sich bei Verwendung nur einer Grundfarbe die reichsten Wirkungen erzielen. Das Zusammenwirken vieler so behandelter Häuser ergibt dann die schönen farbenfrohen Straßenschilder, die wir noch heute in manchen Gegenden Süddeutschlands und Tirols bewundern können.

Voraussetzung ist natürlich, daß die Häuser nicht architektonisch schlechte Gliederung und Einzelformen aufweisen. Denn auch durch einen schönen Anstrich werden schlechte Formen nicht gut, wie es auch ganz und gar verfehlt ist, durch einen Anstrich die Wiederherstellung architektonischer Gliederungen hinwegzuleugnen zu wollen.

Persönliches von Wilhelm Steinhäusen.

Wilhelm Steinhäusen, der große Meister der religiösen Kunst und der echtdeutschen, innigstehten Naturdarstellung, dessen Tod wir gestern mitgeteilt haben, war sein ganzes Leben lang ein stiller Mann, der auch lange Zeit nur von den 'Stillen

im Lande" verachtet wurde, bis erst das letzte Jahrzehnt ihm die gerechte Würdigung und die Anteilnahme des größeren Publikums brachte. Bei der Auffstellung des Gurtlitt in Berlin im Jahre 1908 trat der 62-jährige wie ein junger Künstler vor das Publikum, und wirklich hatte seine späte Entdeckung erst im Alter die schönsten Früchte gezeitigt. In Sorau in der Niederlausitz war er am 2. Februar 1846 geboren worden, in einem echt-deutschen Haus voller Kinder. 'Jede Kunst ist ein Erinnern', hat er im Rückblick auf seine Jugendzeit gesagt. 'Welche Gegenstände aber, welche Eindrücke hatten am meisten in unserer Seele? Doch wohl die, welche wir in unserer Kindheit empfingen. Und so wurde das, was uns umgab, die kleine Welt unserer Stube, unseres Gartens, der dunkle Himmel über uns mit seinen Sternen, nach denen die Mutterliebe unsere Augen lenkte, der Mond, der hinter unseres Nachbarns Garten aufging — es wurde zu Erlebnis, wie der Anblick einer Frucht oder einer Blüte oder eines Stachelns. Alles das hat uns die Heimat. Von ihr empfingen wir die ersten farben Eindrücke, die unser Auge trafen und unseren Bildnertrieb weckten. In dies Hinderparadies führt uns jede echte Kunst zurück. Sie ist Epik und Ernst zugleich. Aus diesen Erinnerungen schöpfen wir noch heute. Allmählich trat die Reigung des Jünglings zur Kunst immer deutlicher hervor, und so bezog er 1863 die Berliner Akademie, wo ihn noch die Gestalt und Kunst des Altmeisters Cornelius erschütterte. Die religiöse Weihe, die der große Rossetti in seine Kunst gebannt hatte, zog ihn gewaltig an. 'Ich werde es nie vergessen, welcher Reiz das war', sagt er in seinen Lebenserinnerungen von Cornelius. 'Dieses Haupt! Die großen Augen, der ernste Mann, wie er in seinen Gedanken so vor sich hin sah.' Daneben aber umging ihn die Stimmung Ludwig Richters, des Malers des deutschen Hauses, und er verneigte sich in die traumhaft geheimnisvolle Welt der deutschen Romantik. Steinhäusen setzte seine Studien dann in Karlsruhe fort, und hier lernte



20 gemäßigte Republikaner, 27 Einflurpublikaner und radikale Republikaner, 36 Radikale und Radikalsozialisten, 4 soziale Republikaner und 2 Sozialisten.

Die ziffernmäßige Verschiebung durch die Erstwahlen zum Senat in der Zusammensetzung der Ersten Kammer des französischen Parlaments ist nur sehr gering und wird in der Praxis überhaupt nicht ins Gewicht fallen. Rechte und nationaler Block haben einige Siege verloren, von denen zwei den Sozialisten zugefallen sind, ein Beweis dafür, daß selbst ein auf eine kleine Elite beschränktes Wahlrecht das Verbot des Sozialismus nicht aufzuhalten vermag.

Der Prozeß der vertriebenen Belgier

Paris, 7. Januar. Wie bereits angekündigt, hat heute vor dem deutsch-belgischen gemischten Schiedsgericht der Prozeß der während des Krieges aus dem Lande geflüchten belgischen Staatsangehörigen begonnen.

Der serbisch-bulgarische Konflikt

Belgrad, 7. Januar. In Entsprechung auf die Erklärungen Jankovics in der Söbranje wird die Regierung die Aufmerksamkeit der verbündeten Mächte darauf lenken, daß in Südserbien keine bulgarischen Minoritäten existieren, daß es überhaupt keine mazedonische Frage mehr gebe und daß die Erhöhung des Standes des bulgarischen Heeres im Interesse der Erhaltung des Friedens unzulässig sei.

Russisch-französische Differenzen

Paris, 7. Januar. In dem Abschluß des französisch-sowjetischen Bündnisvertrages hat man nicht mit Unrecht den Versuch Poincarés erachtet, auf dem Wege über Prag eine Brücke nach Moskau zu schlagen. Diese Bemühungen scheinen eine jähe Unterbrechung erfahren zu haben durch die plötzliche Abberufung des russischen Wirtschaftsvertreters aus Paris und die Verlegung seines Außenhandelsbureaus nach London.

daß man in Paris den ungeheuren Fehler begehen würde, Polen preiszugeben, um einen in jedem Falle unzumessigen Bundesgenossen dafür einzutauschen. Viel wahrscheinlicher ist es, daß die französischen Absichten über die Verfolgung wirtschaftlicher Interessen in Rußland nicht hinausgehen, wenn auch natürlich eine gewisse Entfremdung Rußlands und Deutschlands sehr gut in das französische System passen würde.

Die griechische Staatsform

Mailand, 7. Januar. Wie der Sonderkorrespondent des „Corriere della Sera“ meldet, ist Venizelos auf Grund seiner Beratungen mit den Politikern aller Parteien jetzt entschieden gegen die sofortige Ausrufung der Republik und sieht keinen Ausweg zur Klärung der politischen Lage in Griechenland, als die Übernahme einer Volksbefragung in voller Freiheit. Er betont ausdrücklich, die Parteien müßten sich im voraus verpflichten, dem souveränen Willen des Volkes loyal zu gehorchen, wogegen die Republikaner Einwände erheben. Die unversöhnlichen Republikaner, welche die sofortige Ausrufung der jetzigen Demokratie verlangen, verlieren immer mehr an Anhang. An die unmittelbare Ausrufung der Republik glaubt heute niemand mehr.

Eine grundsätzliche Entscheidung

Berlin, 8. Januar. Der Geschäftsbearbeitungsausschuß des Reichstags beschäftigte sich am Montag mit den Beschwerden der kommunistischen und deutschvölkischen Abgeordneten über die Schließung ihrer Büreauräume. Der Ausschuß erklärte die Beschwerden für begründet, da der Schutz eines Arbeitssimmers der Abgeordneten durch den Artikel 57 II der Reichsverfassung als Bestandteil der Immunität gesichert ist.

Kleine Auslandsnachrichten

Washington, 8. Januar. Präsident Coolidge hat den Verkauf von Mexiko an die mexikanischen Kommunisten verboten.

Warschau, 8. Januar. Stanislaus Janicki, der den Kabinettminister Karasewski und Federowski als Landwirtschaftsminister angeht, ist erneut zum Minister für Landwirtschaft ernannt worden.

Wiederaufnahme der Arbeit in der Berliner Metallindustrie

Berlin, 7. Januar. Die Generalversammlung des Verbandes Berliner Metallindustrieller hat die am Sonnabend getroffenen Vereinbarungen genehmigt. Die Wiederaufnahme der Arbeit wird nun überall schnell erfolgen. Der Arbeitsstundenzuschlag tritt erst bei der 11. Arbeitsstunde in Kraft.

Mitteilungen aus der öffentlichen Verwaltung

Reichsgezeßblatt. Die am 7. Januar ausgegebene Nr. 2 zum Teil I enthält: Weg, über Berichtserstattung und Strafverfolgung, sowie Weg, über die Umstellung der Wechselsteuer auf Gold.

Dresden.

\* Todesfall. Am Neujahrstage ist in Dresden Stadigartendirektor a. D. Wilhelm Moritz Degenhard im Alter von 79 Jahren verstorben.

\* Primarschulvorträge. Dienstag, 15. Januar, beginnt eine neue Vortragsreihe im Vereinshaus. Erich Ponto erzählt Märchen und Legenden, Dr. Arthur C. H. führt die musikalische Begleitung aus. Am 22. Januar spricht Direktor Dr. K. H. S. über „Alpine Bergsteiger“, ein Vortrag von Prof. Franz Goerke-Berlin wird die Insel Hagen behandelt, während Prof. Dr. Arno Raumann-Dresden über „Natur- und Kulturdenkmäler im westlichen Erzgebirge“ spricht.

Aus Sachsen.

Der neue Minister für Volksbildung

Am 7. Januar begrüßte der neue Minister für Volksbildung die Beamtenchaft seines Ministeriums mit folgenden Ausführungen: Er glaube mit allen Beamten einig zu sein in der festen Absicht, seine Arbeit nach den Bestimmungen der Reichs- und Landesgesetze durchzuführen. Innerhalb dieses Rahmens können freilich eine Anzahl von wichtigen Fragen verschieden aufgefaßt und nur nach Ermessen beantwortet werden. Die Richtlinien für solche Entscheidungen werde die Politik des neuen Kabinetts vorschreiben, das als eine Koalitionsregierung von dem Willen befeelt sein müsse, im Geiste der Verständigung und des Fortschritts für alle Volksschichten das Beste zu erwirken. Was insbesondere das Ministerium für Volksbildung angeht, so wolle er ausdrücklich

keine Absicht betonen, die Aufgaben der Volksbildung aus dem Kampfe der politischen Meinungen herauszuheben. Denn Bildung könne nicht durch Politik bestimmt werden, vielmehr sei für diese erst die Art und die Höhe der Bildung eines Volkes entscheidend.

Im Namen der Beamtenchaft versicherte Ministerialdirektor Michel den Ministern der wichtigsten Ämter, ihn auf dem Boden der Landesverfassung nach bestem Können bei der Durchführung seiner Ziele zu unterstützen.

Sächsischer Lebenshaltungszindex

(Mitteltung des Statistischen Landesamts.) Nach den Preisfeststellungen vom 7. Januar 1924 sind vom Statistischen Landesamt folgende Indizes für den Lebenshaltungskosten (1913/14=1) berechnet worden: Gesamtindex (für Ernährung, Bekleidung, Heizung, Wohnung und Verleumdung) 1176 Milliarden. Gesamtindex ohne Bekleidung 1135 Milliarden. Am 29. Dezember 1923 betrug der Gesamtindex mit Bekleidungskosten 1171 Milliarden. Am 29. Dezember 1923 bis 7. Januar 1924 sind mithin die Preise der bei der Treuezustatistik berücksichtigten Güter um 0,4 bez. 1,3 v. H. gestiegen.

Deutschnationale Verbädhtigungen

(N.) Die Deutschnationale Fraktion des Landtags hat durch den Abgeordneten Berg eine Anfrage im Landtag eingebracht, welche die Ernennung des Landgerichtsdirektors Dr. Horn zum Untersuchungsrichter in Leipzig betrifft. Die Anfrage geht von unrichtigen Voraussetzungen aus. Zunächst liegt keine Beförderung vor, denn Dr. Horn war bereits Landgerichtsdirektor und ist durch seine Ernennung zum Untersuchungsrichter nicht in eine höhere Gruppe gekommen. Eine Einwirkung auf die Untersuchung gegen Dr. Zeigner kann Dr. Horn nicht ausüben; einen Vorstand der Untersuchungsrichter gibt es überhaupt nicht. Dr. Horn hat auch keine Dienstaufsicht über die Untersuchungsrichter zu führen — diese steht nur dem Landgerichtspräsidenten zu. Als rangältester Untersuchungsrichter hat Landgerichtsdirektor Horn lediglich die Bureauaufsicht, die keinerlei Eingriff in die richterliche Tätigkeit ermöglicht. Endlich ist die Ernennung zum 1. Juli 1924 erfolgt, also zu einem Zeitpunkt, da die Untersuchung in Sachen Dr. Zeigner voraussichtlich längst abgeschlossen sein wird.

Berichtigung

Gegen die von der Reichswehr in Falkenstein vorgenommenen Verhaftungen nahm nicht die Stadtverordnetenversammlung von Frauen, sondern das Stadterordnetenkollegium in Falkenstein in der dargelegten entschiedenen Weise Stellung.

Werdau.

Der Geschäftsausschuß in der Textilindustrie im Bezirk Werdau-Crimmitschau hat sich wesentlich gebessert. Die Fabriken arbeiten meist wieder voll.

Mautentzug.

Die Gemeinde hat für 45 000 Goldmark das bekannte Etablissement Park Wilhelmshöhe gekauft, das von der Krankestraße Altenburg als Genußheim ermiert werden soll.

Scharfenstein.

Obgleich der Bezirksausschuß Marienberg eine Vereinigung der Gemeinden Scharfenstein und Hopfgarten abgelehnt hat, haben die Gemeinderäte der Gemeinden erneut die Vermählung zu einer Gemeinde beschlossen.

Gämmerswalde.

Mit Jahresbeginn ist die Vereinigung der drei Gemeinden Gämmerswalde, Neuworndorf und Kauschenbach vollzogen worden. Gemeindeforstand ist Herr Regenbort hier.

Rosenhagen, 7. Januar.

Die Lage der Schifffahrt infolge der Bedrohung durch den Eisgang hat sich gänzlich verschlimmert. Der Große Sund ist mit Treibeis belegt. An der sächsischen Seite ist der Dampferverkehr nur mit Hilfe von Eisbrechern möglich. Die Fährverbindungen nach Schweden sind noch durchgeföhrt, und zwar teilweise mit Eisbrecherfähren. Bei Rosnabö sind die Verhältnisse besser; im Großen und Kleinen Belt werden noch alle Fahrten durchgeföhrt.

Wie über Stockholm gemeldet wird, kommt jetzt die nordische Eisgefahr herangezogen. Während die Häfen, auf schwedischer, finnischer und estländischer Seite bis weit ins Meer hinaus blockiert sind, ziehen in dem noch freien Johanniswasser der Ostsee ungeheure Massen von Treibeis von Norden nach Süden. Sie kommen aus dem völlig vereisten baltischen Meerbusen, treiben an den Kolandinseeln vorbei und vereinigen sich dort mit mächtigen Eisbänken aus dem finnischen Meerbusen. Das schwimmende Schmelzeis ist stellenweise zwei Meter hoch. Dieser Gefahr gegenüber ist die Schifffahrt und Fischerei eingestellt worden. Die ersten Ausläufer dieses nordischen Eises sind bereits über die Insel Gotland hinausgelangt und haben auch schon die deutschen Küsten, so bei Remeel, Königsberg, Tansig bis Hagen erreicht. Die Eiswälle

versperren auch den Eingang zum Rigaer Meerbusen.

Hamburg, 7. Januar. Ten „Hamburger Nachrichten“ zufolge nimmt der Eisgang auf der Unterelbe immer bedrohlichere Formen an. Der ganze Strom ist dicht mit treibenden Schollen bedeckt. In Brunsbüttelkoog wird das Öffnen und Schließen der Schleusen durch das Eis erschwert. Gegen 15 Uhr, zwei Dampfboote, je zwei Dreimaster und Viermaster und das Viermastmotorschiff „Romet“ sind in Brunsbüttelkoog eingekesselt. Die Dampfboote verkehren noch halbständig einseitig. In der Fahrtrinne des Kaiser-Wilhelm-Kanals wird das Eis noch durch einen großen Kanalschlepper lose gehalten.

Große Kälte in Oberschlesien

Beuthen, 7. Januar. Auf die starken Schneefälle in der vergangenen Woche, die den Verkehr in Oberschlesien nahezu lähmten, ist jetzt eine ungewöhnliche Kälteperiode gefolgt. Das Thermometer zeigte in der vergangenen Nacht 23 Grad Celsius unter Null. Die Temperatur stieg bis Mittag um 8 Grad. Durch den heftigen Frost und die dadurch eingetretene Vereisung der Schneemassen ist der Verkehr sowohl im deutschen wie im polnischen Industriegebiet erneut sehr gehemmt worden. Die Versorgung der Städte ist sehr erschwert, da der Verkehr über Land ruht. Der Eisenbahnverkehr auf der Hauptstrecke Beuthen-Oppeln ist nicht gestört, die Züge haben aber hier wie auf allen Strecken starke Verspätungen.

Großer Hafenbrand in London

London, 8. Januar. In den Londoner Docks ist ein großes Lagerhaus mit Kautschuk, Tee und anderen brennbaren Waren in Brand geraten. Etwa 70 Feuerwehrspritzen sind in Tätigkeit, um ein Übergreifen des Brandes auf die benachbarten Holzlagerplätze und Petroleumdepots zu verhindern. Ein Verlust an Menschenleben ist nicht zu befürchten. Der Schaden ist noch nicht genau festgesetzt, aber sehr hoch. Es handelt sich um den größten Hafenbrand, der sich seit einem halben Jahrhundert ereignet hat.

Der Blitzzschlag in die „Dignuiden“

Paris, 7. Januar. Wie „Matin“ aus Toulon meldet, hat die Leichenschau des getöteten Kommandanten der „Dignuiden“, Duplessis, gestern nachmittag stattgefunden. Sie soll ergeben haben, daß das Luftschiff durch Blitzzschlag vernichtet wurde; der Leichnam sei erst nach eingetretenerm Tode aus der Kabine geistert worden.

Devisenkurse, 8. Januar.

New York (1 Dollar): 4189500 000 000 Geld 4210500 000 000 Brief

Die Stelle des hiesigen berufsmäßigen Gemeindevorstandes, Gruppe VIII, ist zu besetzen. Bewerber haben sich bis 13. 1. beim Gemeindevorstand zu melden. Bertelsdorf (Amst. Lobau). 8172 Der Gemeindevorstand. J. B.: Ernst Schmidt, Gem.-Mit.

Tageskalender

Mittwoch, 9. Januar. Staatstheater. Opernhaus. Hoffmanns Erzählungen. (Dr. R. Nr. 8789 bis 8883.) Anfang 7 Uhr. Ende 10 Uhr. Donnerstag: Jaskoff. (Dr. R. Nr. 8884—8928.) Anfang 7 Uhr. Ende nach 10 Uhr. Schauspielhaus. Anekdote: H. Turandot. (Dr. R. Nr. 710 bis 742.) Anfang 10 Uhr. Ende nach 10 Uhr. Donnerstag (anßer Antech): Die Wälschen. (Dr. R. Nr. 743—792.)

Familiennachrichten

Bermähl: Hr. Regierungsdirektor Dr. Karlwerner Biedling mit Fräulein Erica Lange in Leipzig-Wahren. — Gestorben: Hr. Johannes Heimius, Architekt (50 J.) in Dresden; Hr. Gustav Herold (43 J.) in Dresden; Hr. Stadigartendirektor a. D. Wilhelm Moritz Degenhard (79 J.) in Dresden; Hr. Zahnmeister a. D. Friedrich August Schäfer (38 J.) in Dresden; Hr. Oberstaatsanwalt i. R. Carl Wilhelm Hegewald in Dresden; Hr. Heinrich Teichmann (57 J.) in Dresden; Hr. Gustav Dachtel, Holzbildhauermeister (77 J.) in Dresden; Frau Dorothea Weber geb. Rath (42 J.) in Dresden; Frau Hulda Angermann geb. Hübler in Dresden; Frau Pauline Josefa Schwager geb. Hülpowicz (43 J.) in Dresden; Frau Dorothea Elisabeth Wirthgen geb. Schneider (32 J.) in Dresden-Oberzossitz; Frau Oberamtmann Maria Thelma Hedwig Richter geb. Bernhardt (77 J.) in Jittau; Hr. Justizsekretär Max Schönerstedt in Leipzig.

Der Nachdruck aus dem Inhalt der Sächsischen Staatszeitung ist erlaubt. Für den Nachdruck der Originalaufsätze ist Quellenangabe Bedingung.

Für den Angeigentell verantwortlich: Verwaltungsdirektor Rechnungsrat Müller in Dresden.

Die heutige Nummer umfasst 6 Seiten.

Ämtlicher Teil.

Verordnung über Steueranweise bei der Reichs-einkommensteuer.

Die Staatskassen werden angewiesen, die Aus-schreibung und Überleitung der Steueranweise im vereinfachten Steuerabgabeverfahren und bei damit zusammenhängenden Nachweisungen und Zusammenstellungen für 1923 bis auf weitere An-ordnung zu unterlassen.

Dresden, 7. Januar 1924. Sämtliche Ministerien.

Zehrgelber für Verwaltungsarbeiter.

Die Zehrgelber betragen vom 1. Januar 1924 an — in Goldmark —

Table with 5 columns: A, B, C, D, E and corresponding values 1,50, 1,43, 1,35, 1,28, 1,20.

Sie erhöhen sich bei notwendigen Übernach-tungen um die Hälfte.

Die Vergütung für fehlende Jahrgelddienste beträgt vom 1. Januar 1924 an 23 Goldpfennig.

Dresden, 7. Januar 1924. PA II: 11 B [8173 Ministerium des Innern, Personalamt.

Auf Antrag Beteiligten wird hiermit gemäß § 100 und 100b der Gewerbe-Ordnung angeordnet, daß vom 1. Februar 1924 ab sämt-liche Gewerbetreibende, die im Bezirke der Amts-hauptmannschaft Meißen, einschließlich der Städte Meißen, Riesa, Wilsdruff und Lommawitz das Schmiedehandwerk selbständig betreiben, gleichviel ob sie Gesellen oder Lehrlinge halten oder nicht, der neu zu errichtenden Zwangsinnung für das Schmiedehandwerk mit dem Ehe- in Meißen anzugehören haben.

Dresden, 7. Jan. 1924. Kreis-Hauptmannschaft.

Auf Antrag Beteiligten und nach dem Er-gebnis des nach § 100a der Gewerbeordnung ab-gelassenen Feststellungsverfahrens wird gemäß § 100 Absatz 1 und 100b der Gewerbeordnung angeordnet, daß vom 1. Januar 1924 ab sämt-liche Gewerbetreibende, die in Aue und Auer-hammer das Schuhmacherhandwerk selbständig be-treiben, der neu zu errichtenden Zwangsinnung für das Schuhmacherhandwerk für Aue mit dem Ehe in Aue anzugehören haben.

Zwickau, 4. Jan. 1924. Die Kreis-Hauptmannschaft.

Vom 1. Februar 1924 ab erhält die an der Verbindungsbahn Riesa-Umschlagplatz gelegene Sta-tion Riesa-Elbufer die Bezeichnung Riesa-Her-zen.

Dresden, 7. Januar 1924. Reichsbahndirektion.

Auf Blatt 1123 des Handelsregisters ist heute eingetragen worden die Firma Friedrich Petermann Aktiengesellschaft in Chemnitz (Ludwigstr. 32). Der Gesellschaftsvertrag ist am 2. Oktober, 14. Oktober und 24. Dezember 1923 abgeschlossen worden. Gegenstand des Unternehmens ist der Handel mit Ma-schinen zur Metall- und Holzbearbeitung, der Handel mit Werkzeugen aller Art, der Erwerb von industri-schen oder ähnlichen Unternehmungen, desgleichen die Beteiligung an gleichen oder ähnlichen Unter-nehmungen und die Vertretung von solchen. Die Gesellschaft ist berechtigt, Zweigniederlassungen im In- und Ausland zu errichten. Das Grundkapital beträgt fünfzig Millionen Mark; es zerfällt in fünf Inhabersaktien zu je 1000000 M., 10000 Inhabersaktien zu je 10000 M. und 175 Inhabersaktien zu je 100000 M. Die Ausgabe der Aktien erfolgt zum Nennwert. Von den Aktien haben die über je 10000 M. Nennwert je eine Stimme, die über je 100000 M. Nennwert je hundert Stimmen, die über je 1000000 M. Nennwert je tausend Stimmen, die über je 5000000 M. Nennwert je fünfthundert Stimmen. Die Vorzugsaktien erhalten jedoch das 20fache Stimmrecht, also 10000 Stimmen pro Aktie, bei Beschlußfassung über Befreiung des Aufsichtsrats, Satzungsänderung, Liquidation der Gesellschaft oder Veräußerung ihres Vermögens im Ganzen, Beteiligung an anderen Unternehmungen, Erwerb von solchen, Fusionen von solchen, Ver-bindung von Interessengesellschaften oder ähn-liche die Selbständigkeit einschränkende Vorgänge. Der Vorstand besteht aus einer oder mehreren Personen, die vom Aufsichtsrat bestellt werden. Zur rechtsverbindlichen Zeichnung für die Gesell-schaft ist die Unterzeichnung zweier Zeichnungsber-echtigter Vertreter erforderlich und ausreißend. Der Aufsichtsrat ist jedoch berechtigt, einem oder mehreren Vorstandsmitgliedern oder einem oder mehreren Vorstandsmitgliedern die alleinige Vertretungs- und Zeichnungsbefugnis einzuzulassen. Zum Vor-standsmitglied ist bestellt der Fabrikbesitzer Friedrich Petermann in Chemnitz. Er ist, auch wenn mehrere Vorstandsmitglieder bestellt sind, zur alleinigen Vertretung der Gesellschaft befugt. Einzelprokura ist erteilt den Kaufleuten Ferdinand Petermann und Kurt Freyde, beide in Chemnitz. Gesamtprokura ist erteilt den Kaufleuten Otto Knoy und Walter Heynig in Chemnitz. Jeder von ihnen ist befugt, die Gesellschaft gemeinschaftlich mit einem anderen, nicht zur Alleinvertretung berechtigten Prokuristen oder einem nicht zur Alleinvertretung berechtigten Vorstandsmitglied zu vertreten. Die Generalversammlung beruft der Aufsichtsrat oder der Vorstand durch öffentliche Bekanntmachung. Die Einberufung erfolgt unter Wahrung der gesetz-lichen Mindestfrist und muß die Tagesordnung ent-halten. Alle von der Gesellschaft ausgehenden Bekannt-machungen erfolgen durch den Deutschen Reichs-anzeiger. Die Gründer der Gesellschaft, die bei der Gründung sämtliche Aktien übernommen haben, sind: Fabrikbesitzer Friedrich Petermann, Kaufmann Ferdinand Petermann, Kaufmann Kurt Freyde, Kaufmann Robert Reichner und Bankdirektor William Fischer, sämtlich in Chemnitz. Zu Mit-gliedern des ersten Aufsichtsrats sind bestellt: Kaufmann Robert Reichner (Vors.), Bankdirektor William Fischer (St. Vors.), Fabrikbesitzer Arthur Wagner, Maschinenfabrikant Walter Gehlich und Maschinenfabrikant Ulrich Bornig, sämtlich in Chemnitz. — Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags über Sachverbringen: Der Mitgründer Friedrich

Petermann bringt in die AG. ein sein Geschäfts-vermögen, das ihm als alleinigen Inhaber der Firma Friedrich Petermann in Chemnitz zusteht, mit Ausnahme der auf Blatt 221 und Blatt 495 des Grundbuchs für Schlosswerk eingetragenen Grundstücke und mit Ausnahme der in diesen Grundbüchern betriebenen Maschinenfabrik sowie weiter mit Ausnahme der Effekten, soweit solche im Geschäftsvorstand vorhanden sind und aus der Bilanz ersichtlich sind. Als zum Betrieb der Maschinen-fabrik gehörig und daher nicht mit eingebracht kommen in Frage der Fabrikant, die Betriebs-maschinen, das Betriebsinventar, die Werkzeuge, Modelle und Zeichnungen, Klischees und Fabri-kationsvorläufe, andererseits die Hypothekenschulden und Verbindlichkeiten, soweit sie auf die strafenlosigkeitsbezogenen sind. Zu den letzteren Verbindlich-keiten ist zu bemerken, daß diejenigen strafenlosigkeitsbeiträge, welche sich auf die Angehörigen des Handelsunternehmens beziehen, von der neuen Ge-sellschaft mit übernommen worden sind, wie sich aus der Gründungs Bilanz ergibt. Das Einbringen des übrigen Geschäftsvermögens erfolgt auf Grund der Bilanz per 30. April 1923 (samt bei Gericht eingesehen werden). Diese weist Aktiva in Höhe von 259 305 648 M. 55 Pf., Passiva in Höhe von 49 996 000 M. 55 Pf. auf, jedoch ein Überschuß von 49 996 000 M. 55 Pf. Diese Betrag erhält Herr Friedrich Petermann in Aktien gewährt. Weitere Einzelheiten über das Sachverbringen sind aus den Gerichten ersichtlich. — Die bei der Anmeldung der Gesellschaft eingereichten Schrift-stücke, insbesondere der Prüfungsbericht des Vorstands und des Aufsichtsrats und derjenige der von der Handelskammer Chemnitz bestell-ten Revisoren, können bei dem Amtsgericht Chemnitz, der Prüfungsbericht der Revisoren auch bei der Handels-kammer Chemnitz eingesehen werden.

Amtsgericht Chemnitz, Abt. E, 3. Januar 1924.

Auf Blatt 1102 des Handelsregisters, die Firma „Herrmann“ Gesellschaft für Eisen- und Stahl-Industrie mit beschränkter Haftung in Grimmitzschau betr., ist heute eingetragen worden: Die Gesellschaft ist aufgelöst. Zum Liquidator ist bestellt der Kaufmann Karl Herbert Ulrich in Grimmitzschau.

Amtsgericht Grimmitzschau, 7. Januar 1924.

Auf Blatt 235 des hiesigen Handelsregisters, die Firma Schlichte Holzwaren-Industrie Clara Janssen, Kommanditgesellschaft in Dippoldiswalde betr., ist heute eingetragen worden: Die Firma ist erloschen.

Amtsgericht Dippoldiswalde, 5. Januar 1924.

In das Handelsregister ist heute eingetragen worden:

1. auf Blatt 16402, betr. die Kommanditgesellschaft Grischammer & Edder in Dresden: Die dem Liquidator Heinrich Georg Hoffmann und dem Bankbeamten Carl Weninger erteilten Prokuren sind erloschen;

2. auf Blatt 18536, die offene Handelsgesellschaft Dr. Arthur Schmidt & Co. in Dresden. Gesellschafter sind die Kaufleute Dr. med. dent. Arthur Georg Anton Karl Schmidt und Norhad Bedrossian, beide in Dresden. Die Gesellschaft hat am 1. Ok-tober 1923 begonnen. (Spezifikations- und Agentur-schaft sowie Ein- und Ausfuhr von Waren aller Art, Sebanstr. 7);

3. auf Blatt 2972, betr. die Kommanditgesellschaft Bernhard Schäfer in Dresden: Prokura ist erteilt der Kaufmannswitwe Carolin Schäfer geb. Wallenfels in Dresden;

4. auf Blatt 15550, betr. die offene Handelsgesellschaft Cigaretten- und Tabakfabrik Valtan, Veltsoff & Co. in Dresden: Der Kaufmann und Fabrikant Max Wüsting ist aus der Gesellschaft ausgeschieden. Die Gesellschaft ist aufgelöst. Das Handelsgeschäft und die Firma führt der Fabrik-beitzer Hans Jhor Veltsoff als Alleinhaber fort;

5. auf Blatt 18834, die Firma Verlag des „Zigaretten- und Zigaretten-Spezialist“ Alfred Kay in Dresden. Der Zeitungsvorleger Alfred Hermann Kay in Dresden ist Inhaber. Prokura ist erteilt dem Verlagsleiter Friedrich Wagner in Dresden. (Verlagsabgabe von Zeitungen, Werbestr. 22);

6. auf Blatt 18635 die Firma Albert Rörjinger in Dresden. Der Kaufmann Ferdinand Johannes Max Albert Rörjinger in Dresden ist Inhaber. Prokura ist erteilt dem Kaufmann Richard Gustav Reumann in Dresden. (Fabrikation und Großhandel von Rohwaren. Terrassenstr. 16);

7. auf Blatt 139, betr. die Firma Julius Reich in Dresden: Prokura ist erteilt dem Kaufmann Jakob in Dre den.

Amtsgericht Dresden, Abt. III, 7. Januar 1924.

Auf Blatt 556 des Handelsregisters, betr. die Firma Präpotenz-Präsmaschinenfabrik Heipig & Co., Kommanditgesellschaft in Freital-Niederbachsch, ist eingetragen worden: Die Firma lautet künftig: Heipig & Co. Aktiengesellschaft Präpotenz-Präsmaschinenfabrik. Der Sitz der Gesellschaft ist Freital. Der persönlich haftende Gesellschafter Ingenieur und Fabrikbesitzer Karl Heinrich Heipig und die 5 Kommanditisten sind ausgeschieden. Das Handelsgeschäft ist von der Heipig & Co. Aktiengesellschaft Präpotenz-Präsmaschinenfabrik erworben worden. Der Gesellschaftsvertrag der Erwerb-er ist am 17. Juni 1923 geschlossen. Gegenstand des Unternehmens ist der Fortbetrieb des unter der früheren Firma bestehenden Unternehmens, ins-besondere die Herstellung und der Betrieb von Präsmaschinen und anderen Werkzeugmaschinen und verwandten Artikeln sowie die Beteiligung an anderen Unternehmen. Das Grundkapital beträgt zehn Millionen fünfshunderttausend Mark, in 100 Vorzugsaktien zu je 50000 M., 2000 Stammaktien zu je 10000 Mark und 1600 Stammaktien zu je 50000 M. zerfallend. Zum Vorstand ist bestellt der Fabrikbesitzer Karl Heinrich Heipig in Dresden. Die Prokuristen Friedrich August Köhlig in Freital und Friedrich Karl Heipig in Dresden dürfen die Gesellschaft nur gemeinschaftlich mit einem anderen Prokuristen oder einem Vorstandsmitglied vertreten. — Es wird weiter bekanntgegeben: Gründer der Aktiengesellschaft sind: Fabrikbesitzer und Ingenieur Karl Heinrich Heipig, Privatmann Hermann Hugo Reithold, beide in Dres-den, Rechtsanwalt und Notar Dr. Kurt Heinrich Heipig in Zwickau, Fabrikdirektor Walter Wilhelm Hirsch in Radeberg, Kaufmann Hermann Karl Hugo Ulbricht,

Hauptmann a. D. Kaufmann Friedrich Karl Felix Ulbricht, beide in Dresden. Sie haben sämtliche Aktien übernommen. Die Gründer bringen das ihnen gehörende unter der Firma Präpotenz-Präsmaschinenfabrik Heipig & Co., Kommanditgesellschaft in Freital betriebene handlungsgewerbliche Unternehmen mit allen Aktiven und Passiven nach dem Stande der Bilanz vom 1. Januar 1923 in die Aktiengesellschaft ein, bezweckt, daß das Ge-schäft mit Wahrung von diesem Tage ab als für Rechnung der Aktiengesellschaft geführt wird. Eingetragte ist insbesondere das auf Blatt 239 des Grundbuchs für Niederbachsch eingetragene Grund-stück. Den Gründern werden die von ihnen bei der Kommanditgesellschaft gemachten Einlagen, und zwar der Karl Heinrich Heipig 600 000 M., bei Hugo Reithold und Dr. Kurt Heipig je 412 500 M., bei Walter Hirsch 375 000 M., bei Hermann Ulbricht und Friedrich Ulbricht je 225 000 M. auf die Beiträge der von ihnen über-nommenen Aktien angerechnet. Alle Aktien lauten auf den Inhaber. Die Vorzugsaktien gewähren auf je 100 M., die Stammaktien auf je 1000 M. Nennwert eine Stimme. Die Vorzugsaktien er-halten aus dem Jahresgewinn, bevor auf die Stammaktien etwas entfällt, bis zu 10%, des auf sie eingezahlten Kapitals als Dividende. Der Vor-rand besteht aus einem oder mehreren vom Auf-sichtsratsvorsitzenden oder seinem Stellvertreter zu bezeichnenden Mitgliedern. Die Vertretungsberech-tigung bestimmt der Aufsichtsrat. Die Mitglieder des ersten Aufsichtsrats sind: Die vorgenannten Herren Rechtsanwalt Dr. Heipig, Privatmann Reithold, Fabrikdirektor Hirsch und Kaufmann Hermann Ulbricht. Die Generalversammlung wird durch ein-malige Bekanntmachung im Reichsanzeiger berufen. Die Beschlüsse der Gesellschaft erfolgen im Deutschen Reichsanzeiger. Von den mit der An-meldung eingereichten Schriftstücken kann bei dem unterzeichneten Gerichte, von dem Berichte gemäß § 193 HGB bei der Handelskammer Dresden Einsicht genommen werden.

Amtsgericht Freital, 29. Dezember 1923.

Auf dem für die Kommanditgesellschaft Pfleger, Strübel & Co. in Glauchau geführten Blatt 594 des Handelsregisters ist heute eingetragen worden: Prokura ist erteilt dem Kaufmann Karl Eugen Stengle und dem Kaufmann Karl Fritz Engel-mann, beide in Glauchau. Sie dürfen die Gesell-schaft nur in Gemeinschaft miteinander oder mit einem anderen Prokuristen vertreten.

Amtsgericht Glauchau, den 7. Januar 1924.

Auf Blatt 60 des Handelsregisters, die Firma G. Böring in Oberoberwitz betr., ist heute ein-getragen worden: Dem Kaufleuten Richard Wenzel und Walter Anders, beide in Oberoberwitz, ist Gesamtprokura erteilt worden, daß jeder von ihnen nur gemeinschaftlich mit einem anderen Prokuristen zur Vertretung berechtigt ist.

Amtsgericht Herrnhut, den 3. Januar 1924.

Auf Blatt 6 des Handelsregisters, die Firma Ahlemann u. Söhne betr., ist heute eingetragen worden: Prokura ist erteilt dem Hermann Paul Köhlig in Köhligsdorf.

Amtsgericht Königstein, den 4. Januar 1924.

In das Handelsregister ist heute eingetragen worden:

a) auf Blatt 565: die Firma Segfried Ith, Papiergroßhandlung in Hopfenbroda und der Kaufmann Segfried Walter Ith, beide, als deren Inhaber, Gesellschaftsleiter: Hopfenbroda, Erstedt Raundorf, Wegener Str. 39a; — b) auf Blatt 2, die offene Handelsgesellschaft Farbenfabriken Lito Barr in Hadebeul betr.: Gesamtprokura ist erteilt Major a. D. Otto Hermann Oswald Rige in Dres-den und Chemiker v. phil. Johannes Oscar an. Hans Gläsel in Radebeul.

Amtsgericht Hopfenbroda, 5. Januar 1924.

Auf Blatt 1 des Genossenschaftsregisters, den Bannverein Glashütte, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung, in Glashütte betr., ist am 29. Dezember 1923 eingetragen worden: Mitglieder des Vorstands sind der Fabrikbesitzer Johann Ferdinand Schlabig und der Textiler Carl Friedrich Hermann Burkhardt, beide in Dresden.

Amtsgericht Zwenkau (Za.).

Auf Blatt 905 des Handelsregisters, betr. die Elbtal-Obst- u. Gemüseverarbeitungs Aktiengesellschaft in Weidbach, wurde heute eingetragen: Die Generalversammlung vom 28. November 1923 hat die Erhöhung des Grundkapitals um zweihun-dertzwanzig Millionen festschließend auf den durch Ausgabe von festschließend auf den Inhaber lautende Stammaktien und zwar von zwanzig Stück zu je einer Million Mark und von festschließend Stück zu je hunderttausend Mark sowie eine ent-sprechende Abänderung des Gesellschaftsvertrags beschlossen laut Notariatsprotokoll vom gleichen Tage. Die Erhöhung ist erfolgt. Das Grund-kapital beträgt jetzt sechshundertzwanzig Millionen festsch-

hunderttausend Mark. Hierzu wird noch bekannt-gemacht, daß die neuen Aktien zum Nennwert auszugeben werden.

Weigen, 5. Januar 1924. Das Amtsgericht.

Auf dem die Firma G. F. Schulze in Tamme-berg betr. Blatte 40 des Handelsregisters B ist heute eingetragen worden, daß die Firma er-loschen ist.

Amtsgericht Wittweida, am 7. Januar 1924.

In das Handelsregister ist heute eingetragen worden:

I. auf Blatt 666 Stadtbeirat die Firma Apo-theker G. C. Paul Schmidt Fabrikation Chemisch-pharmaceut. Präparate in Pirna und als Inhaber der Apotheker Gustav Cosar Paul Schmidt, badeibst. (Geschäftsraum Stadtbeirat Cosar, Da. post. 19 b); — II. auf Blatt 392 Stadtbeirat, betr. die Firma Rath-hausapotheke Wilhelm Brauer in Coswig: Wilhelm Brauer ist ausgeschieden. Inhaber ist der Apotheker Paul Schmidt in Pirna; seine Prokura ist erloschen. Die Firma lautet künftig: Rathausapotheke Coswig Paul Schmidt; — III. auf Blatt 514 Stadtbeirat, betr. die Firma Dresdner Kewwerte Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Heidenau: Die Prokura des Kassierers August Kessel ist erloschen; — IV. auf Blatt 596 Stadtbeirat, betr. die Spritz- und Preßgerätee Aktiengesellschaft in Heidenau: Die Prokura des Kaufmanns Friedrich Richard Saby ist erloschen.

Amtsgericht Pirna, 5. Jan. 1924.

In das Handelsregister ist heute eingetragen worden:

a) auf dem Blatte der Firma Krany & Neu-mann, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Plauen, Nr. 1135: Dem Kaufmann Paul Johannes Cornils und Fräulein Elise Johanna Böhmman, beide in Plauen, ist Gesamtprokura erteilt;

b) auf dem Blatte der Firma Alfred Urtel in Plauen, Nr. 4275: Dem Kaufmann Curt Oswald Thier in Plauen ist Prokura erteilt;

c) auf dem Blatte der Firma Eduard Hörmig in Plauen, Nr. 1355: Dem Kaufmann Max Paul Kammann in Plauen ist Prokura erteilt;

d) auf dem Blatte der Firma Cosar Schilbach Kaufh. in Plauen, Nr. 3400: Dem Kaufmann Paul Alfred Tischer in Plauen ist Prokura erteilt;

e) auf dem Blatte der Firma Chemische Fabrik Dr. Arnold Bernstein, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Plauen, Nr. 3973: Die Firma ist erloschen; die Vertretungsbefugnis des Liquidators Hugo Schneider ist beendet;

f) auf dem Blatte der Firma Planer Grund-rüchsbewertungsgesellschaft mit beschränkter Haf-tung in Plauen, Nr. 3377: Die Gesellschaft ist auf-gelöst, die Firma ist erloschen;

g) auf Blatt 4281 die Firma Emil Santwig in Plauen und als Inhaber der Kaufmann Ernst Emil Santwig, badeibst;

h) auf Blatt 4282 die Firma Santwig & Co. in Plauen und weiter, daß der Kaufmann Ernst Emil Santwig und die Kombitoren Hermann Wil-helm Rupprecht und Karl Richard Treibmann, sämt-lich in Plauen, die Gesellschaft sind und die Gesell-schaft am 1. Januar 1924 begonnen hat.

Kunzegebener Geschäftszweig und Geschäftstotal zu g: Großhandel mit Lebens- und Genussmitteln, Schokolade, Zuckerwaren, Mehl und Feinmehl, Weinhandlung-straße 2a.

Amtsgericht Plauen, den 5. Januar 1924.

Auf Blatt 58 hiesigen Handelsregisters, die Firma „Max Lehmann“ in König i. G. betr., ist heute eingetragen worden: Die Firma lautet künftig Lehmann Wwe. & Co.. Die Prokura des Friedrich Bernhard Kemnitz ist erloschen. In das Handelsregister ist eingetragten der Kaufmann Friedrich Bernhard Kemnitz in König i. G. Err-ichtung der offenen Handelsgesellschaft: 1. 12. 1923.

Amtsgericht Zwickau, 5. Januar 1924.

In das Handelsregister ist heute eingetragen worden:

1. auf Blatt 2968, betr. die Firma Holzhandels-Aktiengesellschaft Zwickau in Zwickau: Es ist fest-gesetzt als Vorstand auszuscheiden. Zum Vor-sitz ist bestellt der H. g. w. v. r. v. T. L. C. v. r. Ith in Oberplaus;

2. auf Blatt 2334, betr. die Firma Zähl-ische Aktiengesellschaft für Spinnerei und Weberei in Zwickau: Die Firma ist erloschen;

3. auf Blatt 2969, betr. die Firma Arthur Kubitel in Zwickau: Die Firma ist erloschen.

Amtsgericht Zwickau, den 3. Januar 1924.

Der vom unterzeichneten Stadtrat für den Reichenden Adolf Friedrich Hans R. v. Müller in Ködnitz am 26. 1. 1923 ausgeheltene Weisepap. (mit Gültigkeitsdauer bis 26. 1. 1925) ist verloren gegangen und wird hiermit für ungültig erklärt. Ködnitz, 31. Dezember 1923. Der Stadtst.

Zur Sparskassenordnung für die Stadt Froh-burg vom 15. Februar 1923 ist ein 12. und 11. Nachtrag aufgestellt und überhändigt ge-nommen worden. Diese Nachträge lesen zur Ein-sichtnahme im Geschäftsamt der Sparkasse aus Frohburg, 28. Dez. 1923. Der Stadgemeinrat.

Dresden.

Dresdner Stadtverordnetenwahlen.

Feststellung der Wahlvorschlüge.

In der öffentlichen Sitzung des Wahlaußschusses am Montag wurde, obgleich widersprechende Fest-stellungen vorlagen, schließlich doch der Wahlvor-schlag der Unabhängigen Sozialdemokratie als richtig beim Wahlleiter eingegangen angesehen und des-halb zugelassen und darauf die einzelnen Wahlvorschlüge wie folgt festgesetzt:

1. Hausbesitzerver. in (Vöste Paul), 2. Handwerker, Handel und Gewerbe (Vöste Rumpsch), 3. SPD. (Vöste Glöner), 4. Teutischnationale Volkspartei (Vöste Rohmann), 5. Teutischnationale Partei (Vöste Bonk), 6. Kommunische Partei (Vöste Schreiber), 7. Un-abhängige Sozialdemokratie (Vöste Pünzel), 8. Aus-schlag Sozialdemokratie (Vöste Pünzel), 9. Deutsche Volkspartei und Zentrum (Vöste Dr. Wärs), 10. Teutisch-demokratische Partei (Vöste Fr. Tebne).

Weiter wurde festgestellt, daß die Wähler 1, 2, 3, 4, 8, 9 und 10 miteinander verbunden sind. Die Zurück-nahme der Verbindungserklärung für die Wähler 8 (Deutschnationale) durch deren Zuspätkommen wurde als unzulässig bezeichnet, weil verbundene Wahl-vorschläge nur gemeinsam zurückgenommen werden können. Ferner gegen Verbindungsbeziehungen von der SPD., der U.S.P., der U.S.P. und der SPD. vor. Infolgedessen stehen sich zwei Ver-bindungen gegenüber. Die deutsche Wählerliste steht allein. Es gibt in Dresden rund 434 000 Wähler, edigte.

Das Schulgeld bei den hiesigen 100 r n Unterrichtsanstalten wird für Monat Januar 1924 auf drei Goldmark für Schüler fest-gesetzt. Für Ausnahmefälle sowie Reichs-länder gelten erhöhte Sätze, die im Schulamt, Theaterstraße 13, eingesehen werden können. Bei Besahlung in Papiermark sind die Sätze nach dem jeweiligen Stande der Goldmark

Wintersfeier des Vereins ehem. Georgianer. Am Freitag abend fand im Konzertsaal des „Zoologischen Gartens“ die Wintersfeier des Vereins ehem. Georgianer statt.

Am Freitag abend fand im Konzertsaal des „Zoologischen Gartens“ die Wintersfeier des Vereins ehem. Georgianer statt. Der ausgezeichnete Besuche Abend wurde eingeleitet durch einen Konzertteil, in dem Professor Rudolf Pärtich mit bekannter Virtuosität Werke von Mozart, Brahms und Tartini interpretierte.

Am 31. Dezember während der Mittagspause drangen Diebe in ein Konfektionsgeschäft in der Prager Straße ein und stahlen drei elegante pelzbesetzte Damenmäntel, sieben Damenkleider mit Schürze, Mäntel, Spitzenbesatz

und Perlebesatz, sowie ein mit Silberstein besetztes Damenkostüm und einen größeren Vorken farbiger und schwarzer Seidenstoffe. Der Diebstahl hat für Ermittlung der Täter eine wertbefähigende Belohnung ausgesetzt.

Der „Bürgerliche Ordnungsdienst“ vor Gericht.

Am 29. Juli, dem Verfalltag, wurden bekanntlich in Dresden im sächsischen Amtsgericht eine große Anzahl Mitglieder des „Bürgerlichen Ordnungsdienstes“, die auf Grund des Generals-Berichts eine Verurteilung des sächsischen Militärschuldenbuches bewirkten, von einer Abteilung des Amtsgerichts in Dresden verurteilt.

Denen es nicht überlassen, wenn sie sich an diesem „geheilten“ Tage in ihrer persönlichen Freiheit bewahren wollten. Das Gericht hat sämtliche Angeklagten freigesprochen und die Kosten der Staatsanwaltschaft auf sie war den Auslagen der Verteidigung gefügt, das nicht ein Beweis dafür, sondern eine Warnung, die nicht über 1923 hinaus eine Verurteilung bedeuten sollte.

Lohnbewegung.

Vom Gewerkschaftsbund der Angestellten (G.W.A.) und geschrieben: Der Präsident der Reichsarbeiterversammlung hat die zwischen dem Dresdner Zentralrat für Industrie, Handel, Verkehr und Gewerbe und den drei Spitzenorganisationen abgeschlossenen Tarifabkommen, die für die Monate Juni bis Oktober getätigt worden sind, für allgemein verbindlich erklärt.

Dresden, 8. Januar. Vom Zentralverband der Angestellten wird mitgeteilt: Die Tarifverhandlungen für die kaufmännischen Angestellten sind bei sämtlichen Arbeitgeberverbänden gescheitert. Es ist der Schlichtungsausschuss angefragt worden, und es steht zu erwarten, daß im Laufe der Woche die Schlichtung erzielt werden wird.

Land- u. Forstwirtschaft.

Reform der Staatsforstverwaltung.

Der Bund Sächsischer Staatsbeamter hat bekanntlich dem Landtag und der Regierung eine Denkschrift unterbreitet, die Vorschläge für eine umfassende Reform der sächsischen Staatsforstverwaltung enthält. Hierzu wird uns mitgeteilt, daß die Mitglieder des Vereins der wissenschaftlich gebildeten Staatsforstbeamten Sachsens und des Landesvereins der Beamten der niederen Forstlaufbahn dem Bund Sächsischer Staatsbeamter nicht angehören und daher zu diesen Reformvorschlägen nicht gehört worden sind.

Sächsischer Staatszeitung

Einzelne Nummern 20 Pfennig

Dresdner Kurse vom 7. Januar.

Table with columns for 'Deutsche Staatspapiere', 'Sächsische Staatspapiere', 'Sächsische Pfand- u. Hypothekendarlehen', and 'Sächsische Wechsel'. It lists various financial instruments and their corresponding values and interest rates.

Rechnungen der Industrie- und Handelszeitung

brachte die abgelaufene Woche wohl eine Steigerung der Wohnungskosten um 2%, aber das Wohnniveau der gesamten Lebenshaltungskosten sankte sich nur von 126,7% auf 126,6% und das der Ernährungslosten von 163,4% auf 163,8%.

Reform der Staatsforstverwaltung.

Der Bund Sächsischer Staatsbeamter hat bekanntlich dem Landtag und der Regierung eine Denkschrift unterbreitet, die Vorschläge für eine umfassende Reform der sächsischen Staatsforstverwaltung enthält.

Reform der Staatsforstverwaltung.

Der Bund Sächsischer Staatsbeamter hat bekanntlich dem Landtag und der Regierung eine Denkschrift unterbreitet, die Vorschläge für eine umfassende Reform der sächsischen Staatsforstverwaltung enthält.

Volkswirtschaft und Handel.

Wirtschaftszahlen vom 8. Januar.

Wollarmittelkurs 4200 Milliarden, Goldmarkt 1000 Milliarden, Reichsbrotzahl für Lebenshaltung 1177 Milliarden (- 0,3%), Sächs. Wirtschaft 1171 Milliarden (- 0,9%), Großhandel 1224 Milliarden (+ 0,2%), Goldanfangspreis 20 M. = 1926,7 Milliarden, Silberanfangspreis 1 M. = 400 Milliarden, Steuern- und Eisenbahn-Erlösezahl: 1000 Milliarden.

Reform der Staatsforstverwaltung.

Der Bund Sächsischer Staatsbeamter hat bekanntlich dem Landtag und der Regierung eine Denkschrift unterbreitet, die Vorschläge für eine umfassende Reform der sächsischen Staatsforstverwaltung enthält.

Reform der Staatsforstverwaltung.

Der Bund Sächsischer Staatsbeamter hat bekanntlich dem Landtag und der Regierung eine Denkschrift unterbreitet, die Vorschläge für eine umfassende Reform der sächsischen Staatsforstverwaltung enthält.

Reform der Staatsforstverwaltung.

Der Bund Sächsischer Staatsbeamter hat bekanntlich dem Landtag und der Regierung eine Denkschrift unterbreitet, die Vorschläge für eine umfassende Reform der sächsischen Staatsforstverwaltung enthält.